

MITTELBADISCHE PRESSE

Offenburger Tageblatt

Nummer 5 • Seit 1812 • E 5465

Montag, 7. Januar 2008

1,30 €

Der Wind hat sich gedreht

Noch Mitte letzten Jahres waren sich Wirtschafts-Experten und Politiker weitgehend einig. Strikter Lohnverzicht, konsequente Haushaltssanierung und umfassende Deregulierung galten als unabdingbare Voraussetzungen, um das Wirtschaftswachstum in Deutschland anzukurbeln und zu stabilisieren.



VON PROF. DR. ULRICH EITH, Politikwissenschaftler an der Universität Freiburg.

Seither hat sich in nur wenigen Monaten der Wind gedreht. Auch ohne tiefgreifende Reformen bewegt sich der DAX auf höchstem Niveau, mehrere Branchen begrüßen inzwischen unverhohlen einen Mindestlohn und Deutschland erlebt eine fast schon unreal anmutende Gerechtigkeitsdebatte über die Höhe von Managergehältern.

Für diesen Wandel gibt es gute Gründe, und die liegen vor allem in unserem System des politischen Wettbewerbs. Beide großen Volksparteien haben realisiert, dass sich mit Agenda 2010-Parolen und Flatrate-Steuermodellen à la Kirchhof keine Wahlen gewinnen lassen. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Gerechtigkeitsbalance in

diesem Land in den letzten Jahren gefährlich aus dem Gleichgewicht gekommen. Es spricht für die Parteien, dass sie ihre politische Rhetorik verändert und sich auf ihre Wähler zubewegt haben. Ein Übriges bewirken die anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg.

Kurzum, das Zeitfenster für unbekümmerte Liberalisierungen ist zunächst einmal geschlossen. Reformmaßnahmen müssen nun wieder überzeugend begründet werden. Immerhin basieren Demokratien auf breiter Zustimmung und Mehrheiten statt auf der Modelllogik neoliberaler Wirtschaftsideologen. Wirtschaftliche Effizienz und demokratische Zustimmung schließen sich hierbei keineswegs aus. Sie kommen aber insbesondere dann in einen Gegensatz, wenn etwa Deregulierungen als Gemeinwohl-Maßnahmen deklariert werden, obwohl sie erkennbar einseitigen Wirtschaftsinteressen dienen.

So weit die gute Nachricht vom gewachsenen Handlungsspielraum der Politik. Allerdings zielt unser politisches System grundsätzlich auf den Konsens und weniger auf schnelle und grundlegende Kurswechsel. Und auch die Gesetze der Großen Koalition werden 2008 kaum noch richtungsweisende Entscheidungen zulassen. Beide Parteien haben inzwischen die nächste Bundestagswahl fest im Kalkül und



Von der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sind 2008 kaum noch richtungsweisende Entscheidungen zu erwarten. Union und SPD positionieren sich bereits für den Bundestagswahlkampf.

Archivfoto: dpa

müssen sich entsprechend profilieren und positionieren.

Im Moment gelingt es der Bundeskanzlerin mit fast schon traumwandlerischer Sicherheit, die für ihre Partei erfolgversprechenden Themen zu akzentuieren und so die SPD unter Druck zu setzen. Wichtig wäre es allerdings für die Bundesrepublik, wenn die Gemeinsamkeiten von Union und Sozialdemokratie zumindest noch für eine substantiellere Entzerrung des föderalen Systems samt seiner Finanzierungsgrundlagen reichen würde. Ansonsten droht uns ein Vorwahljahr des Lavierens, des misstrauischen Abtastens und der symbolischen Politik.

Dem Kolumnisten-Kreis der MITTELBADISCHEN PRESSE gehören an: Ingeborg Schäuble, Vorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe; Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler; Landesbischof Dr. Ulrich Fischer; der Freiburger Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Gerd Billen, Chef des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes; Harald B. Schäfer, ehemaliger Umweltminister von Baden-Württemberg; Prof. Dr. Ulrich Eith, Politikwissenschaftler der Universität in Freiburg; Brigitte Behrens, Geschäftsführerin von Greenpeace Deutschland; und Jürgen R. Thumann, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie.